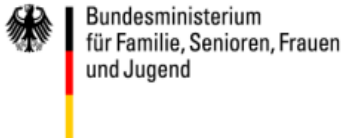


Gefördert von:



Kinder- und Jugendhilfe in neuer Verantwortung

Materialien zum 14. Kinder- und Jugendbericht

Sachverständigenkommission
14. Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.)

Matthias Schilling

**Welche Auswirkungen haben die demografischen
Veränderungen auf die Infrastruktur der Kinder- und
Jugendhilfe?**

Matthias Schilling

**Welche Auswirkungen haben die demografischen
Veränderungen auf die Infrastruktur der Kinder-
und Jugendhilfe?**

Das Deutsche Jugendinstitut e. V. (DJI) ist ein zentrales sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut auf Bundesebene mit den Abteilungen „Kinder und Kinderbetreuung“, „Jugend und Jugendhilfe“, „Familie und Familienpolitik“ und „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ sowie dem Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“ (Außenstelle Halle), und der Forschungsgruppe „Migration, Integration und interethnisches Zusammenleben“. Es führt sowohl eigene Forschungsvorhaben als auch Auftragsforschungsprojekte durch. Die Finanzierung erfolgt überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Rahmen der Projektförderung aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Weitere Zuwendungen erhält das DJI von den Bundesländern und Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Der vorliegende Text wurde als Expertise zum 14. Kinder- und Jugendbericht erstellt. Ihre Veröffentlichung wurde durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Der Sachverständigenkommission, die diese Expertise herausgibt, gehörten folgende Mitglieder an: Prof. Dr. Sabine Andresen, Gaby Hagmans, Prof. Dr. Nadia Kutscher, Prof. Dr. Thomas Olk, Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Prof. Klaus Schäfer, Prof. Dr. C. Katharina Spieß, Wolfgang Trede, Prof. Dr. jur. Dr. phil. Reinhard Joachim Wabnitz (Vorsitzender).

In der Geschäftsstelle des Deutschen Jugendinstituts e. V. wirkten mit: Dr. Sabrina Hoops (ab 01.09.2011), Dr. Hanna Permien (bis 31.12.2012), Birgit Riedel, Dr. Ekkehard Sander, Susanne Schmidt-Tesch (Sachbearbeitung).

© 2013 Deutsches Jugendinstitut e. V.
Nockherstraße 2, 81541 München
Telefon +49 (0)89 62306-267
Fax +49 (0)89 62306-182
E-Mail sschmidt@dji.de

Homepage: www.dji.de/14_kjb

Vorwort

Die Bundesregierung ist gemäß § 84 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) verpflichtet, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen und Bestrebungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland mit ihrer Stellungnahme dazu vorzulegen. Jeder dritte Bericht soll einen Überblick über die Gesamtsituation der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland vermitteln. Der 14. Kinder- und Jugendbericht stellt wiederum einen solchen Gesamtbericht dar – mit der programmatischen Überschrift: „Kinder- und Jugendhilfe in neuer Verantwortung“. Zusammen mit der Stellungnahme der Bundesregierung wird der Bericht am 31.01.2013 als Bundestagsdrucksache sowie am 21.02.2013 als Publikation des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erscheinen.

Die Sachverständigenkommission für den 14. Kinder- und Jugendbericht hat drei Anhörungen durchgeführt und zahlreiche Expertisen vergeben (siehe bereits Auflistung im Anhang des Berichts), deren Ergebnisse für die Berichtsarbeit nutzbar gemacht worden sind. Die Inhalte der Expertisen gaben wichtige Impulse für die Diskussionen der Kommission. Viele Aspekte flossen auch in den Berichtstext ein und haben wesentlich zu dessen wissenschaftlicher Fundierung beigetragen. Im Bericht konnten allerdings nicht alle Erkenntnisse aus den Expertisen im Detail berücksichtigt werden. Da diese jedoch viele wichtige Befunde, Einblicke und Einsichten enthalten, die mit Blick auf die Analyse der Lebenssituation von jungen Menschen, die Kinder- und Jugendhilfe sowie für die Entwicklung von Perspektiven und Empfehlungen für eine aktive Gestaltung des Aufwachsens neu sein dürften, beschloss die Sachverständigenkommission, die Expertisen einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Dafür wurden die – ausschließlich von den Autorinnen und Autoren verantworteten – Texte von diesen im Herbst 2012 zum Teil leicht überarbeitet und aktualisiert. Die Expertisen für diesen Kinder- und Jugendbericht werden hiermit erstmals in elektronischer Form publiziert. Die Sachverständigenkommission dankt allen Autorinnen und Autoren der Expertisen für ihre wertvolle Unterstützung bei der Erstellung des 14. Kinder- und Jugendberichts.

München, im Dezember 2012

Prof. Dr. Dr. Reinhard J. Wabnitz
Vorsitzender der Sachverständigenkommission für den 14. Kinder- und Jugendbericht

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
1 Demografische Auswirkungen und fachliche Erfordernisse in den Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe in West- und Ostdeutschland	10
1.1 Kindertageseinrichtungen	10
1.2 Kinder- und Jugendarbeit	14
1.3 Hilfen zur Erziehung	16
2 Weniger Kinder benötigen einen höheren Anteil an den Ausgaben der kommunalen und staatlichen Haushalte	16
3 Demografische Effekte beim Personal	19
4 Fazit	21
5 Literatur	21

Abbildungen

Abbildung 1 Kinder nach Altersgruppen gemäß der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basis Ende 2008) 2011 bis 2025 in Deutschland, West- und Ostdeutschland	11
Abbildung 2 Kinder und Jugendliche nach Altersgruppen gemäß der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basis Ende 2008) 2011 bis 2025 in Deutschland, West- und Ostdeutschland	15
Abbildung 3 Ausgaben der öffentlichen Hand für die Kindertagesbetreuung in West- und Ostdeutschland 2006 bis 2009 sowie eine Vorausberechnung für die Jahre 2011 bis 2014	18
Abbildung 4 Vorzeitiges und rentenbedingtes Ausscheiden der pädagogischen Fachkräfte in West- und Ostdeutschland zwischen 2010 und 2025	20

Einleitung

Die vorliegende Expertise stellt eine Ergänzung der Expertise „Demografische Entwicklung bis 2025 als Rahmenbedingung für die Kinder- und Jugendhilfe“ von Hansjörg Bucher (Sachverständigenkommission des 14. Kinder- und Jugendberichts (Hrsg.), 2013) dar. Während Bucher sich mit den demografischen Grundlagen beschäftigt, wird in dieser Expertise aufgezeigt, welche Konsequenzen aufgrund der demografischen Veränderung in der Kinder- und Jugendhilfe zu erwarten sind.

Diese Frage nach den Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die Kinder- und Jugendhilfe wird von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik schon seit mehreren Jahren bearbeitet. Dabei hat sich herausgestellt, dass es hilfreich ist, die Frage der demografischen Auswirkungen nicht für ganz Deutschland und alle Arbeitsfelder zu beantworten, sondern zu differenzieren, da in mehreren Bereichen gegenläufige Tendenzen zu beobachten sind, die sich in der Gesamtbetrachtung wieder aufheben.

Zu differenzieren ist zwischen den zentralen Arbeitsfeldern Kindertagesbetreuung, Kinder- und Jugendarbeit sowie Hilfen zur Erziehung. Und diese wiederum nach West- und Ostdeutschland. Diese projizierten Entwicklungen werden im ersten Gliederungspunkt bearbeitet. Darüber hinaus zeichnet sich ab, dass regionale Differenzierungen der demografischen Entwicklungen an Bedeutung gewinnen. Bucher weist auf diese regionalen Besonderheiten der Bevölkerungsdynamik hin (Sachverständigenkommission des 14. Kinder- und Jugendberichts (Hrsg.): Bucher, Hansjörg 2013, S. 15ff.).

Die tendenziell zurückgehende Zahl der Adressaten suggeriert, dass auch die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe zurückgehen werden. Dies wird nicht so sein, da die Einsparungen aufgrund der demografischen Rückgänge durch die Mehrausgaben für die anstehenden Ausweitungen der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe übertroffen werden. Dies wird am Beispiel der Kindertagesbetreuung aufgezeigt (Gliederungspunkt 2).

Demografische Effekte sind allerdings nicht nur bei den Adressatinnen und Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe zu beobachten, sondern auch bei den Fachkräften. Diese beziehen sich vor allem darauf, dass ein Großteil der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe in den 1970er- und 1980er-Jahren in den Beruf eingestiegen sind und in den nächsten 15 Jahren in den Ruhestand übergehen werden. Diese Entwicklung wird in Gliederungspunkt 3 analysiert.

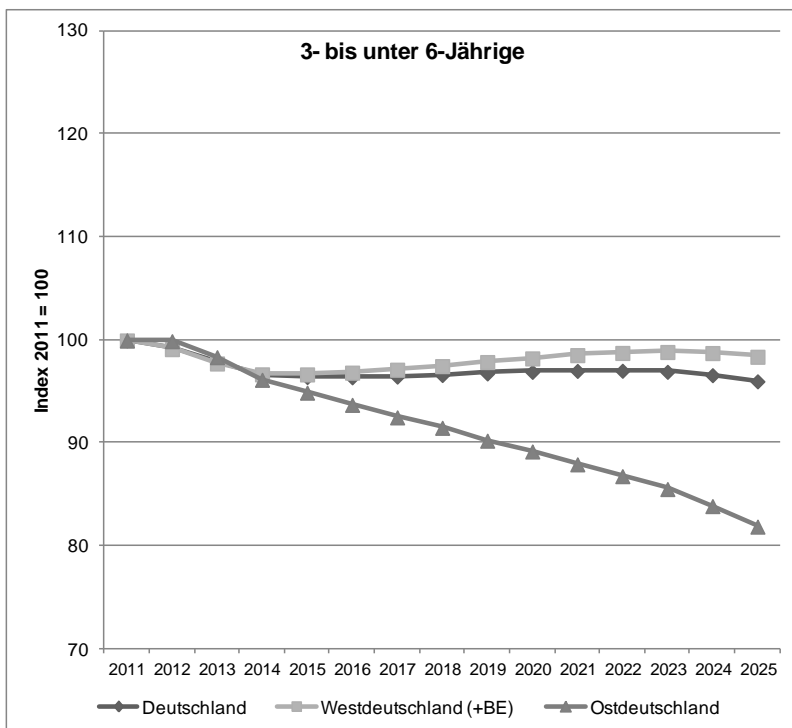
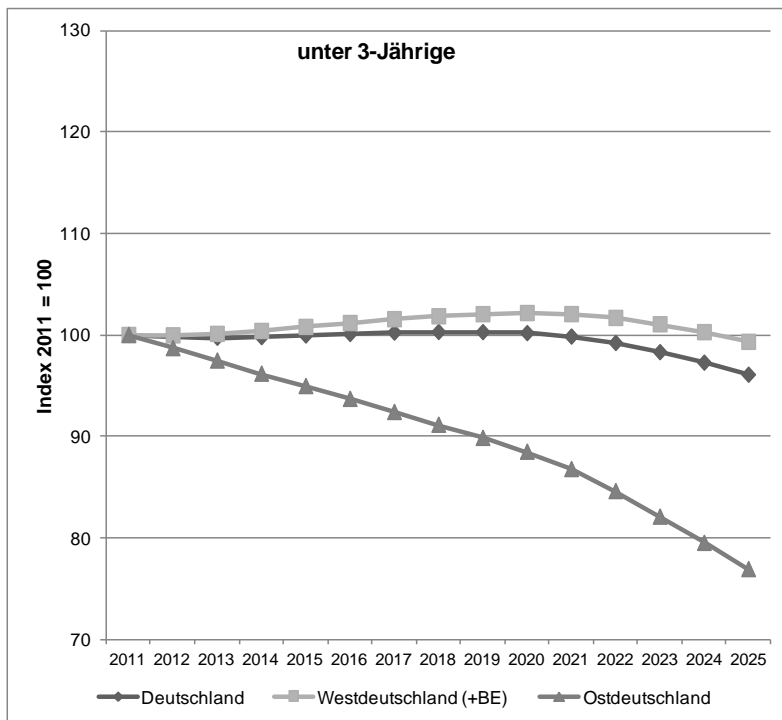
1 Demografische Auswirkungen und fachliche Erfordernisse in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe in West- und Ostdeutschland

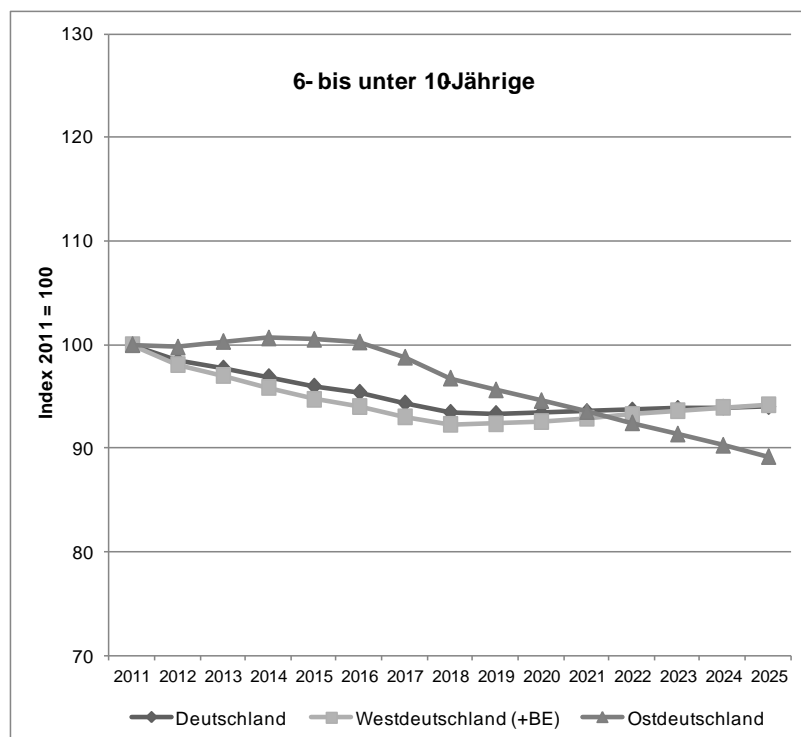
1.1 Kindertageseinrichtungen

Die demografische Entwicklung in Lebensphase I wie diese von Bucher dargestellt wird (Kinder unter zehn Jahre), ist für die Analyse der Kindertagesbetreuung zu undifferenziert. Das Summenergebnis muss für die Kindertagesbetreuung zumindest nach West- und Ostdeutschland und teilweise nach Altersgruppen differenziert werden. In Westdeutschland werden bei den Altersgruppen der unter Dreijährigen und der Kindergartenkinder (Dreijährige bis Schuleintritt) im Durchschnitt kaum Veränderungen erwartet. Dies hängt damit zusammen, dass nach dem Pillenknick (1965 bis 1970) die Anzahl der Geburten zwischen den Jahren 1970 und 2000 fast konstant geblieben ist und diese seinerzeit geborenen Kinder jetzt die Elterngeneration mit einer stabilen Fertilitätsrate darstellen. Bei den Schulkindern, die prinzipiell den Hort besuchen können, wird es zu leichten Rückgängen kommen. Bis 2018 wird ein Rückgang um acht Prozent erwartet.

Somit ist für Westdeutschland zu erwarten, dass die demografische Entwicklung – zumindest für die Durchschnittsentwicklung – bis zum Jahr 2025 nur geringfügige Auswirkungen haben dürfte (vgl. Abbildung 1). Dies ist wichtig zu betonen, da nach zehn Jahren Rückgangs- und Abbaurhetorik in Westdeutschland (zwischen 2000 und 2012 ca. minus 25 Prozent), im Fachdiskurs eher mit weiteren Rückgängen gerechnet wird. Die Rückgänge bei den Kindern im Hortalter werden nicht zu einem Rückgang des Angebotes führen, da in der aktuellen Mangelsituation jeder vorhandene Platz genutzt werden wird.

Abbildung 1 Kinder nach Altersgruppen gemäß der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basis Ende 2008) 2011 bis 2025 in Deutschland, West- und Ostdeutschland





Quelle: Statistisches Bundesamt: 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009

Dies bedeutet aber nicht, dass in Westdeutschland in der Landschaft der Kindertagesbetreuung Stillstand angesagt sein wird. Es ist mit erheblichen Veränderungen zu rechnen, da in den nächsten Jahren viele neue Plätze für unter Dreijährige geschaffen werden, damit der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Ein- und Zweijährige ab August 2013 sowie die objektive Planungsverpflichtung für Betreuungsangebote für unter Einjährige erfüllt werden kann. Zurzeit ist davon auszugehen, dass bei einem bedarfsgerechten Angebot ab August 2013 für ca. 37 Prozent der unter Dreijährigen in Westdeutschland Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege benötigt werden. Wenn Eltern dies einfordern, fehlen in Westdeutschland zwischen März 2010 und August 2013 noch ca. 300.000 Plätze. Wie viele dieser Plätze in Einrichtungen und in der Kindertagespflege geschaffen werden, ist zurzeit nicht absehbar, da die Ausbaustrategien der Länder bzw. der Kommunen sehr unterschiedlich sind und kein genaues Wissen darüber existiert, wie viele Personen überhaupt als Tagespflegepersonen gewonnen werden können. Geht man einmal von den Planungsgrößen des Bundes aus, bei denen 30 Prozent der neu zu schaffenden Plätze als Kindertagespflege geschaffen werden sollen, ergibt sich, dass 210.000 in Einrichtungen und 90.000 in Kindertagespflege neu eingerichtet werden müssten. Das Angebot im März 2010 in Westdeutschland von 286.000 Plätzen müsste damit verdoppelt werden.

Darüber hinaus stellen der Ausbau der Ganztagsangebote im Kindergarten sowie der Ausbau der Betreuungsangebote für Schulkinder in Horten und der Ganztagschule (teilweise in Kooperation mit der Jugendhilfe) eine weitere Herausforderung dar. Hier liegen allerdings bisher keine kon-

kreten Bedarfsanalysen vor, sodass der Mehrbedarf aktuell nicht quantifiziert werden kann.

Für die Situation in Westdeutschland ist festzuhalten, dass die geringen demografischen Effekte vollständig durch die fachlichen Ausbaurfordernisse überlagert werden. Es wird aber auch keine weitere demografische „Rendite“ geben, die den Ausbauprozess unterstützen könnte.

In Ostdeutschland ist in den nächsten Jahren mit nicht unerheblichen Rückgängen zu rechnen. Dies hängt damit zusammen, dass der Geburtenrückgang zwischen 1989 und 1994 jetzt die Elterngeneration erreicht und innerhalb der nächsten Jahre die Anzahl der Frauen, die Kinder gebären könnten, sich halbieren wird. Hier wird es zu merklichen demografischen Effekten kommen.

Bei den Angeboten für unter Dreijährige wird noch mit einer Steigerung der Quote der Inanspruchnahme von derzeit 48 Prozent auf 51 Prozent zu rechnen sein, sodass die Kapazitäten in den Einrichtungen wahrscheinlich nur leicht um ca. 5.000 Plätze erhöht werden müssen, obwohl die Anzahl der unter Dreijährigen leicht zurückgehen wird. Es ist allerdings davon auszugehen, dass ab 2014 weniger Plätze benötigt werden. Bis 2025 ist mit einem Rückgang in Ostdeutschland bei den Betreuungsbedarfen für die unter Dreijährigen von ca. 15.000 und bei den Dreijährigen bis zum Schuleintritt von ca. 58.000 Plätzen zu rechnen. Somit wird sich das Platzangebot im März 2010 im Umfang von 420.000 Plätzen um 14 Prozent reduzieren. Zurzeit wird diskutiert, die frei werdenden Ressourcen in die Verbesserung des Personalschlüssels einzubringen. In Thüringen und Brandenburg gibt es hierzu schon konkrete Vereinbarungen.

Bucher weist im siedlungsstrukturellen Vergleich darauf hin, dass es unterschiedliche Entwicklungen in den Regionaltypen Stadt, Umland und Land geben wird. In der Lebensphase I werden in Westdeutschland die unter Zehnjährigen in den Städten konstant bleiben und im Umland sowie im Land um ca. sechs Prozent zurückgehen. Der Effekt ist allerdings so gering, dass der Rückgang kaum Auswirkungen haben wird. Dies schließt natürlich nicht aus, dass es im Einzelfall in bestimmten Regionen zu erheblichen Effekten kommen kann. In Ostdeutschland wird es allerdings zu erheblichen Differenzen zwischen Stadt, Umland und Land kommen. Während in der Stadt ein Rückgang um zehn Prozent erwartet wird, sind im Umland und im Land Rückgänge bis 25 Prozent bis zum Jahr 2020 wahrscheinlich. Gerade in diesen Gebieten wird es eine Herausforderung sein, die vorhandene Infrastruktur an Kindertagesbetreuung langfristig zu erhalten.

Grundsätzlich kommt die Einrichtungsinfrastruktur im Kleinkindalter mit kleineren Einheiten aus als die Schule. Dort, wo Einrichtungen aus Kapazitätsgründen geschlossen werden müssen, ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe aber weiterhin verpflichtet, für die Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt Plätze in Tageseinrichtungen (Kindergärten) anzubieten. Laut SGB VIII besteht der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Einrichtung, Kindertagespflege ist nur als Ergänzung vorgesehen. Diese können dann auch vom Wohnort der Kinder weiter entfernt sein, was zu einer Zentralisierung der Angebote führen würde. Wenn es

dabei jedoch zu nicht mehr vertretbaren Fahrzeiten kommt, können bei Zustimmung der Eltern als alternative Plätze die Kindertagespflege angeboten werden. Da der Rechtsanspruch aber auf einen Platz in einer Einrichtung gemäß § 24 SGB VIII besteht, setzt dies eigentlich eine verbesserte Qualifikation der Tagespflegepersonen voraus. Auch in der Tagespflege muss dann die Umsetzung der Bildungspläne frühkindlicher Bildung, inklusive Sprachentwicklungsbegleitung und Sprachstandserhebung, gesichert sein.

1.2 Kinder- und Jugendarbeit

Die Kinder- und Jugendarbeit wird in Westdeutschland mit einem Rückgang ihrer zentralen Adressatengruppen der 10- bis unter 14- und der 14- bis unter 18-Jährigen um bis zu 20 Prozent konfrontiert sein (vgl. Abbildung 2). Gleichzeitig wird erwartet, dass durch die fortschreitenden Angebote der Ganztagschulen sowie durch die zeitliche Mehrbelastung der Jugendlichen aufgrund der Reduzierung der Gymnasialzeit auf acht Jahre die Kinder und Jugendlichen weniger Zeit haben werden, an Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit an den Wochentagen teilnehmen zu können. Aus diesen Fakten könnte der Schluss gezogen werden, dass die Kinder- und Jugendarbeit in den nächsten Jahren an Bedeutung verliert und zukünftig weniger Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit benötigt werden und die aus Altersgründen frei werdenden Stellen nicht mehr besetzt werden. Eine quantitative Abschätzung ist schwierig, da es für die Kinder- und Jugendarbeit keine verpflichtenden „Personalschlüssel“ gibt. Darüber hinaus stehen keine aktuellen Zahlen zum Personal in der Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung. Die Ergebnisse der Stichtagserhebung zum 31.12.2010 werden erst im Dezember 2011 veröffentlicht. Gemäß den Ergebnissen vom 31.12.2006 gab es in der Kinder- und Jugendarbeit in Westdeutschland ca. 15.000 tätige Personen. Würde sich dieses Personal parallel zur Bevölkerung entwickeln, würden ca. 3.000 Personen weniger benötigt.

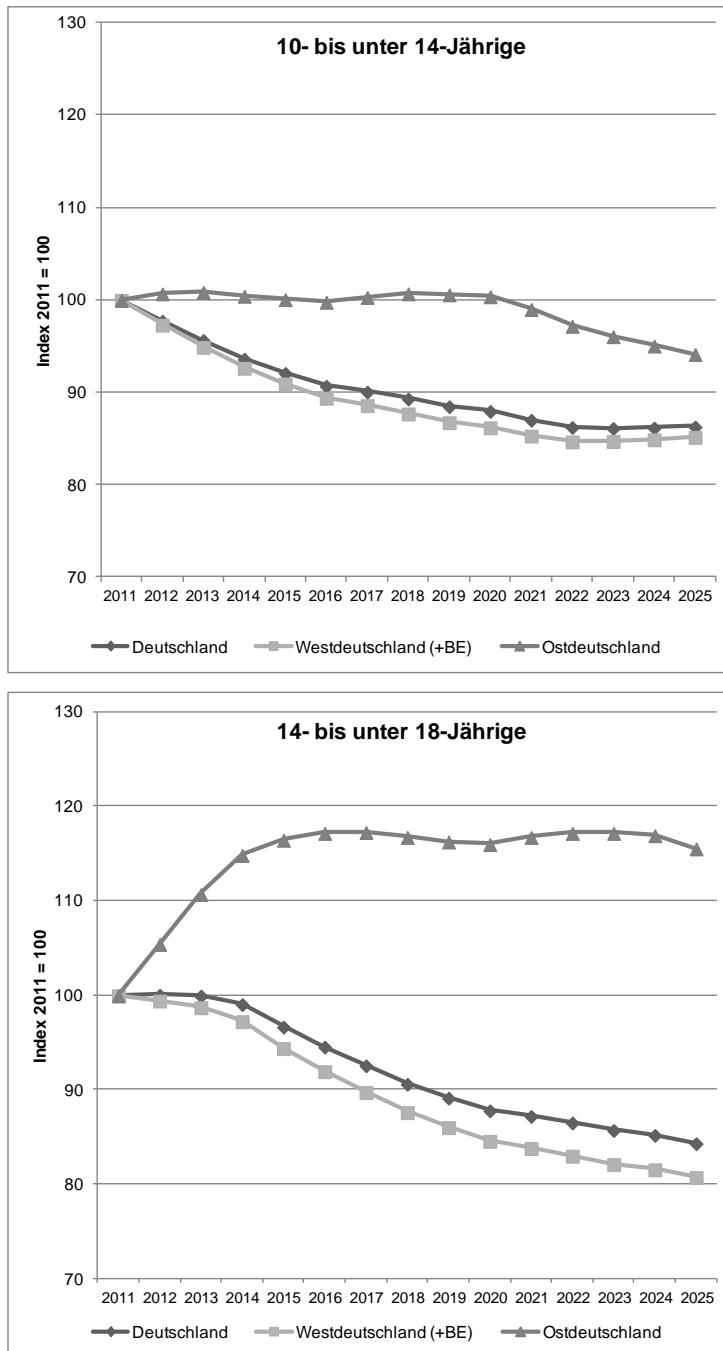
Dies könnte eine Dimension sein, wenn es in der Kinder- und Jugendarbeit keinen Innovationsschub gibt und alles so bleibt, wie bisher. Die Kinder- und Jugendarbeit wird ihre Bedeutung dann erhalten, wenn sie ihre Angebotspalette an die neuen Gegebenheiten anpasst. Ein wichtiger Schritt dabei wird sein, dass die Kinder- und Jugendarbeit verstärkt den Kontakt zur Ganztagschule sucht und konzeptionell eingebunden wird.

In Ostdeutschland sind die beiden relevanten Altersgruppen getrennt zu betrachten. Die Altersgruppe der 10- bis unter 14-Jährigen wird relativ konstant bleiben. Bei der Altersgruppe der 14- bis unter 18-Jährigen werden allerdings noch Steigerungen von bis zu 18 Prozent bis 2015 erwartet. Dann bleibt diese Altersgruppe die nächsten Jahre konstant. Somit muss für die Kinder- und Jugendarbeit in Ostdeutschland bilanziert werden, dass es in den nächsten Jahren bei den Jugendlichen durchaus noch zu höheren Bedarfen kommen kann. Somit sollte die bisher aufgebaute Infra-

struktur und Personalstruktur erhalten, wenn nicht sogar in den nächsten Jahren etwas aufgestockt werden.

Grundsätzlich sind hier auch die regionalen Verwerfungen zu beachten, die allerdings im Rahmen dieser Expertise nicht quantifiziert werden können.

Abbildung 2 Kinder und Jugendliche nach Altersgruppen gemäß der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basis Ende 2008) 2011 bis 2025 in Deutschland, West- und Ostdeutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt: 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009

1.3 Hilfen zur Erziehung

Für das Arbeitsfeld der Hilfen zur Erziehung sind alle bereits genannten Altersgruppen relevant. Deshalb sind auch hier nur nennenswerte Rückgänge in Westdeutschland bei den über Zehnjährigen zu erwarten. Aufgrund der demografischen Rückgänge müsste daher bei gleichbleibenden Bedarfsquoten, gemessen an der Bevölkerung, tendenziell mit einem leichten Rückgang der zu leistenden Hilfen zur Erziehung gerechnet werden. Die bisherigen Entwicklungen zeigen allerdings, dass die Bedarfe an Hilfen zur Erziehung, insbesondere bei den familienunterstützenden und familienergänzenden Hilfen, in den letzten Jahren gestiegen sind. Daher wird im Bereich der Hilfen zur Erziehung nicht damit zu rechnen sein, dass die demografischen Veränderungen spürbare Auswirkungen auf die Inanspruchnahme dieser Hilfen haben werden. Im Bereich der Hilfen zur Erziehung muss man sich auch immer wieder vergegenwärtigen, dass von den Hilfen zur Erziehung nur ca. zwei Prozent der unter 18-Jährigen betroffen sind und somit demografische Veränderungen erheblich geringere quantitative Effekte haben als zum Beispiel im Kindergarten, wo fast 100 Prozent der Altersgruppe erreicht werden.

2 Weniger Kinder benötigen einen höheren Anteil an den Ausgaben der kommunalen und staatlichen Haushalte

Die bisherigen Analysen konnten aufzeigen, dass allein aufgrund der demografischen Veränderung der relevanten Altersgruppen in der Summe – wenn überhaupt – nur mit geringfügigen Rückgängen zu rechnen ist. Diese Erkenntnis bedeutet aber nicht, dass in den nächsten Jahren die Ausgaben auch geringer werden. Im Gegenteil, gerade die fachlichen und quantitativen Herausforderungen im Bereich des U3-Ausbaus, werden zu höheren Ausgaben der öffentlichen Haushalte führen. Gemäß der letzten verfügbaren Ergebnisse zu den Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte wurden für Aufgaben und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2009 insgesamt 26,9 Mrd. Euro aufgewendet. 2,6 Mrd. Euro wurden durch Einnahmen, wie z. B. Elternbeiträge, Gebühren, Rückflüsse etc. gedeckt. Somit verblieben für die öffentlichen Haushalte ein Finanzierungssaldo von 24,3 Mrd. Euro.

Die Ausweitung der Angebote für unter Dreijährige in Westdeutschland wird dazu führen, dass die Ausgaben der öffentlichen Hand für die Kindertagesbetreuung weiter steigen werden. Hierzu wurde von der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik eine Hochrechnung vorgenommen, die im Folgenden genauer dargestellt wird (vgl. auch Schilling 2011b).

Da der Ausbau noch lange nicht abgeschlossen ist, ist auch in den nächsten Jahren mit weiteren Steigerungen zu rechnen. Auf der Grundlage der Ergebnisse von der Elternbefragung in den Jahren 2009 und 2010, die im Zweiten Zwischenbericht der Evaluation des Kinderförderungsgesetzes aufgeführt sind, ist durchaus zu erwarten, ab dem 1. August 2013 Eltern für bis zu 39 Prozent ihrer unter Dreijährigen Kinder ein Betreuungsangebot in Anspruch nehmen wollen. Für Westdeutschland wurde eine Durchschnittsquote von 37 Prozent und für Ostdeutschland von 51 Prozent ermittelt.

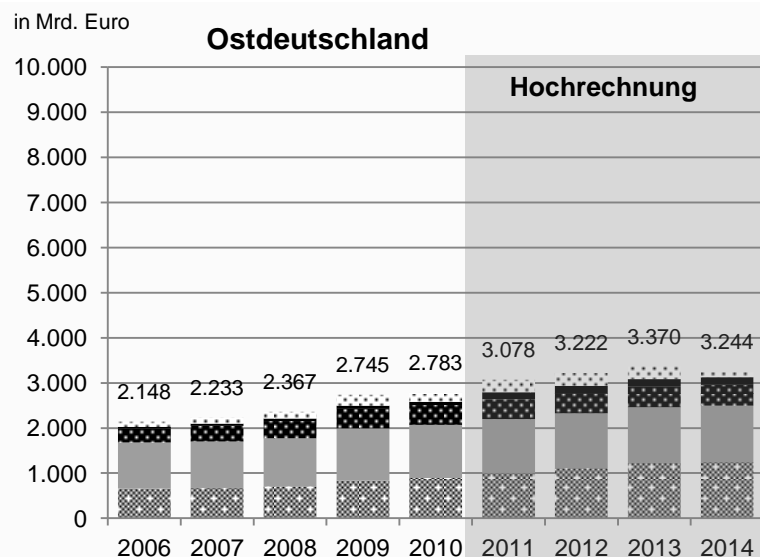
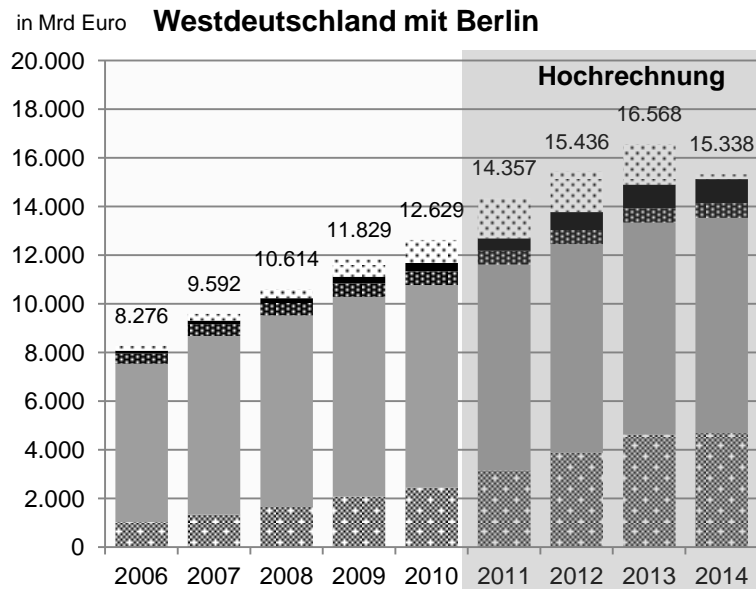
Auf der Grundlage dieser Zielperspektive und der Ausgabenentwicklung der letzten Jahre kann berechnet werden, mit welchen Ausgabensteigerungen zu rechnen ist, wenn ein entsprechendes Angebot geschaffen wird. Bei der Vorausberechnung sind unterschiedliche Kostenpositionen zu berücksichtigen, die grundsätzlich um eine jährliche Preissteigerung (Inflationsausgleich) von 1,5 Prozent erhöht werden. Der Ausgangspunkt der laufenden Betriebskosten für die Plätze für unter Dreijährige kann nicht direkt der Statistik entnommen werden, da nur die Gesamtsumme aller Ausgaben für Kindertageseinrichtungen erfasst wird. Allerdings kann über das Platzangebot (standardisiert auf Ganztagsbetreuungsäquivalente) für unter Dreijährige im Verhältnis zu allen Plätzen der Anteil an den Gesamtausgaben für U3 abgeschätzt werden. Für Westdeutschland ergibt sich dabei für das Jahr 2009, dass von den 10,8 Mrd. Euro, die von der öffentlichen Hand aufgebracht werden (Ausgaben abzüglich der Einnahmen), ca. 2 Mrd. für die Plätze für unter Dreijährige in Einrichtungen eingesetzt werden (vgl. Abbildung 3). Wenn die sich daraus ergebenden durchschnittlichen aktuellen Platzkosten mit der Zielperspektive für Westdeutschland 37 Prozent zu erreichen hochgerechnet werden, ergeben sich laufende Betriebskosten von 4,7 Mrd. Euro für Westdeutschland.

Ebenfalls steigen werden die Ausgaben für die Kindertagespflege. Gemäß dem Finanzierungsmodell des Referentenentwurfs des KiföG wird davon ausgegangen, dass 30 Prozent der ab 2009 zu schaffenden Plätze in Kindertagespflege angeboten werden könnten. Unter diesen Voraussetzungen und unter Berücksichtigung einer jährlichen Preissteigerung von 1,5 Prozent würden die Ausgaben in Höhe von ca. 270 Mio. Euro auf ca. 996 Mio. Euro steigen.

Die Hochrechnung der Investitionen für Um- und Neubauten könnte auf der Grundlage der bisherigen durchschnittlichen Ausgaben erfolgen; diese liegen rechnerisch bei ca. 15.000 Euro pro Platz. Da bisher viele U3-Plätze durch Umwandlungen von frei werdenden Kindergartenplätzen vollzogen wurden und künftig verstärkt durch Neubauten geschaffen werden müssen, wird angenommen, dass sich dieser Durchschnittswert auf durchschnittlich 20.000 Euro pro Platz erhöhen wird. Somit ergäbe sich, dass das Investitionsvolumen von 711 Mio. Euro im Jahr 2009 in den kommenden Jahren auf ca. 1,45 Mrd. Euro steigern wird. Nach der Ausbauphase ab 2014 ist dann nur noch mit einem Erhaltungsaufwand von jährlich 200 Mio. Euro zu rechnen. Insgesamt ergibt sich in diesem Hochrechnungsmodell, dass die jährlichen Ausgaben der öffentlichen Hand für die Kindertagesbetreuung von 11,8 Mrd. Euro im Jahr 2009 in West-

deutschland auf ca. 16,6 Mrd. Euro bis zum Ausbauende ansteigen und nach Abschluss der Investitionsphase auf ca. 15,36 Mrd. Euro zurückgehen werden.

Abbildung 3 Ausgaben der öffentlichen Hand für die Kindertagesbetreuung in West- und Ostdeutschland 2006 bis 2009 sowie eine Vorausberechnung für die Jahre 2011 bis 2014



- ☒ **Betreuungsangebote in Einrichtungen für unter 3-Jährige***
 - **Tageseinrichtungen für 3-Jährige bis Schuleintritt***
 - **Tageseinrichtungen für Schulkinder bis unter 14 Jahren***
 - **Kindertagespflege**
 - ☒ **Investitionen für Kindertageseinrichtungen**
- * Anteile für die Altersgruppen auf der Basis der Summe aller vertraglich vereinbarten

Quelle: Statistisches Bundesamt: Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe 2006-2009, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge; zitiert aus Schilling (2011b)

Für Ostdeutschland wird es zwar ebenfalls einen leichten Anstieg geben, da die Quote der Inanspruchnahme im Modell noch auf 51 Prozent steigen wird. Dennoch werden erneute demografische Rückgänge dazu führen, dass nur mit einer Steigerung von 2,7 Mrd. Euro im Jahr 2009 auf 3,2 Mrd. Euro im Jahr 2014 zu rechnen ist.

Diese Gesamtsteigerung macht deutlich, dass die Kinder- und Jugendhilfe in Zukunft mehr öffentliche Gelder in Anspruch nehmen wird, obwohl die Zahl der jungen Menschen zurückgehen wird.

Zurzeit existiert noch der gesellschaftliche Konsens, dass dies auch notwendig ist. Ich vermute aber, dass es zukünftig schwieriger sein wird, diese Ausgabensteigerungen bei einer kleiner werdenden Gruppe unserer Gesellschaft zu rechtfertigen. Ich vermute, dass der Legitimationsdruck steigen wird.

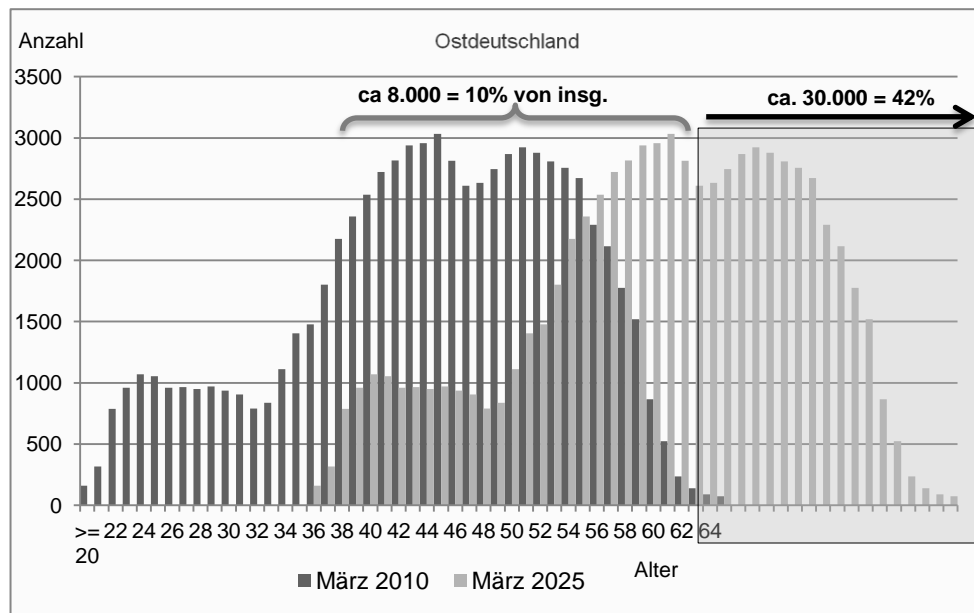
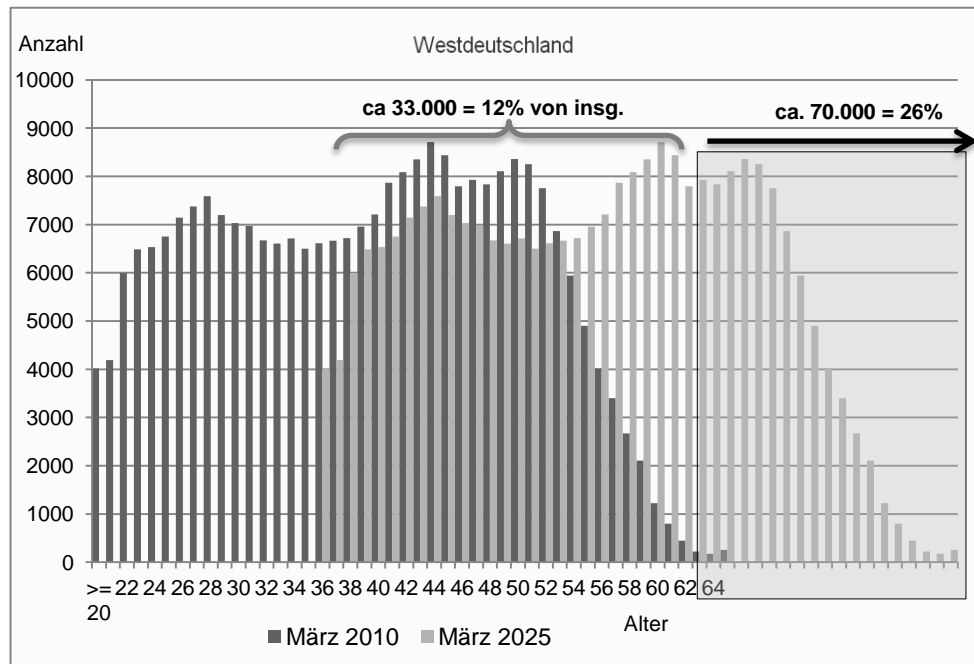
3 Demografische Effekte beim Personal

Demografische Effekte sind allerdings nicht nur bei den Adressatinnen und Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe zu beobachten, sondern auch bei den Fachkräften. Diese beziehen sich vor allem darauf, dass ein Großteil der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe in den 1970er- und 1980er-Jahren in den Beruf eingestiegen sind und in den nächsten 15 Jahren in den Ruhestand übergehen werden. In der Abbildung 4 wird dies schematisch veranschaulicht. Wenn die Altersstruktur um 15 Jahre verschoben wird, wird sofort erkennbar, wie viele Personen in 15 Jahren 63 Jahre und älter sind. Dies ist der grau hinterlegte Bereich. Es ist auch bekannt, dass ein Teil der Beschäftigten das Arbeitsfeld aus den unterschiedlichsten Gründen dauerhaft verlassen. Hier gehen wir von ein Prozent pro Jahr an allen Beschäftigten aus. Dies ist ein empirischer Wert aus der Lehrerprognose von Klemm (vgl. Klemm 2009). Für die Kinder- und Jugendhilfe muss sich dieser Wert noch bestätigen. Bis wir noch keinen besseren Wert haben, müssen wir mit diesem operieren. Für Westdeutschland bedeutet es nun, dass 33.000 vorzeitig und 70.000 aufgrund des Übergangs in die Rente ausscheiden werden (vgl. Abbildung 4). Zusammen rund 100.000. In Ostdeutschland ist damit zu rechnen, dass ca. 40.000 Fachkräfte ausscheiden werden. In Deutschland bis 2025 also 140.000 Fachkräfte.

Diese, in Zukunft fehlenden Fachkräfte müssen durch Berufseinsteiger ersetzt werden. Langfristig scheint das Ausbildungssystem dafür gewappnet zu sein, wie von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik berechnet wurde. (vgl. Schilling ebd.)

Allerdings kann diese positive Einschätzung nur unter zwei Voraussetzungen beibehalten bleiben: erstens, dass sich die Nachfrage bei ausbildungswilligen bzw. studieninteressierten jungen Menschen nach den entsprechenden Studiengängen wie aktuell weiter fortsetzen wird; und zweitens, dass alle bereit sind, dort hinzugehen, wo der Bedarf besteht.

Abbildung 4 Vorzeitiges und rentenbedingtes Ausscheiden der pädagogischen Fachkräfte in West- und Ostdeutschland zwischen 2010 und 2025



Quelle: Statistisches Bundesamt: Kinder- und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen im März 2010, Wiesbaden 2010; eigene Berechnungen (vgl. Schilling 2011a, S. 6).

Angesichts der Tatsache, dass die Anzahl der jungen Menschen zurückgehen wird, und der Fachkräftebedarf in allen Branchen durch die nachwachsende Generation nicht mehr gedeckt werden kann, werden die verschiedenen Branchen die jungen Menschen umwerben. Bei den aktuellen Rahmenbedingungen werden die sozialen und pädagogischen Berufe wahrscheinlich Schwierigkeiten haben, genügend ausbildungswillige und studienwillige junge Menschen zu gewinnen. Die Konsequenz für die

Kinder- und Jugendhilfe kann nur sein, dass die Kinder- und Jugendhilfe in diesen Wettbewerb um junge Menschen einsteigen muss.

4 Fazit

Zusammenfassend ist hervorzuheben, dass die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Kinder- und Jugendhilfe eher gering sein werden. Viel bedeutender werden der weitere Ausbau der Angebote für unter Dreijährige, die quantitativen Verbesserungen der Ganztagsangebote, Verbesserungen beim Personaleinsatz und nicht zuletzt die Pensionierungswelle der nächsten 15 Jahre sein. All dies wird nur möglich sein, wenn die sozialpädagogischen Berufe attraktive Zukunftsperspektiven für junge Menschen bieten.

5 Literatur

- Sachverständigenkommission des 14. Kinder- und Jugendberichts (Hrsg.) (2013): Bucher, H.: Demografische Entwicklung bis 2025 als Rahmenbedingung für die Kinder- und Jugendhilfe. Materialien zum 14. Kinder- und Jugendbericht. Verfügbar über: <http://www.dji.de/bibs/14-KJB-Expertise-Bucher.pdf> [19.04.2013].
- Klemm, K. (2009): Zur Entwicklung des Lehrerinnen und Lehrerberarfs sowie des Erzieherinnen- und Erzieherbedarfs der Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Ein Gutachten im Auftrag der GEW-Landesverbände HB, HH, M-V, NI, S-H. Essen.
- Schilling, M. (2011a): Die Zukunftsbranche Kinder- und Jugendhilfe – Personalbedarfe bis 2025 belaufen sich auf 333.000 Fachkräfte. In: KomDat Jugendhilfe, Heft 1+2, 2011, S. 1-6.
- Schilling, M. (2011b): Die Dynamik der Ausgabensteigerung in der Kinder- und Jugendhilfe wird anhalten. In: KomDat Jugendhilfe, Heft 1+2, 2011, S. 11-15.
- Statistisches Bundesamt (2009): 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.